

Baustelle Sondervermögen



Infrastruktur. Die Bundesregierung will in den kommenden zwölf Jahren mit 500 Milliarden Euro die marode Infrastruktur in Deutschland modernisieren. Doch damit mithilfe dieses Sondervermögens wirklich Schulen saniert, Straßen repariert und Brücken erneuert werden, braucht es entsprechende Arbeitskräfte – und die sind rar. Im iwd-Interview erklärt Alexander Burstedde, Senior Economist für Qualifizierung und Fachkräftesicherung im IW, welche Reformen und Strategien es braucht, damit das Sondervermögen trotzdem wirkungsvoll in die lang ersehnte Investitionsoffensive mündet. —> [Seiten 2-5](#)

Staatsausgaben

Für 2026 sind in Deutschland Subventionen in Höhe von fast 80 Milliarden Euro geplant. Das Gros der Finanzhilfen fließt in Maßnahmen für den Klimaschutz.

—> [Seiten 6-7](#)

Staatsverschuldung

Der US-Schuldenberg wächst, das Interesse internationaler Investoren an amerikanischen Staatsanleihen sinkt. Nun sollen sogenannte Stablecoins Anleger begeistern.

—> [Seiten 10-12](#)

Geld allein baut nicht

Infrastruktur. Mit ihrem 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen möchte die Bundesregierung den staatlichen Investitionsrückstand aufholen. Doch für pünktliche Züge und sanierte Schultoiletten braucht es neben Geld vor allem mehr Fachkräfte für Planung und Bau – und die fehlen schon heute.

500 Milliarden Euro – eine Menge Geld, mit dem die Bundesregierung in den kommenden zwölf Jahren die Infrastruktur in Deutschland modernisieren und die Transformation der Wirtschaft vorantreiben möchte. Aus diesem Sondervermögen gehen 60 Prozent an den Bund, jeweils 20 Prozent fließen an die Länder und Kommunen sowie in den Klima- und Transformationsfonds.

Das Versprechen der Koalition: Die 500 Milliarden Euro sind ausschließlich für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und zum Erreichen der Klimaneutralität gedacht. Ein verheißungsvoller Plan –

dass es so kommen wird, ist angesichts der im Bundeshaushalt geplanten Verwendung der Gelder allerdings fraglich, die Chancen des Sondervermögens drohen ins Leere zu laufen (siehe iwd 19/2025). Und selbst wenn der Bund das Geld zielgerichtet einsetzt, gibt es einige Stolpersteine:

Inflation. Das Sondervermögen wird die Nachfrage nach bestimmten Bauleistungen deutlich ankurbeln, insbesondere im Tiefbau. Doch viele Unternehmen sind bereits ausgelastet – es braucht also höhere Kapazitäten, um der steigenden Auftragsmenge gerecht werden zu können.

Eine höhere Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot würde dagegen die Preise nach oben treiben. Das hätte weitreichende Folgen: Eine um jährlich 3 Prozentpunkte höhere Inflation würde über die zwölfjährige Laufzeit des Sondervermögens 100 Milliarden Euro real verpuffen lassen. Für das gleiche Geld könnte somit deutlich weniger gebaut werden.

Fachkräftemangel. Der Großteil des Sondervermögens dürfte in Bauinvestitionen fließen, vor allem in den Tiefbau. IW-Berechnungen auf Basis des aktuellen Bundeshaushalts zeigen, dass bis 2036 jährlich rund 18,8 Milliarden Euro im Tiefbau verbaut werden dürften – im Verhältnis zum aktuellen Bauvolumen ein Plus von rund 18 Prozent.

Für mehr Bauvorhaben braucht es auch mehr Arbeitskräfte. Das ist allerdings ein Problem – schließlich mangelt es an denen in Deutschland schon jetzt (Grafik):

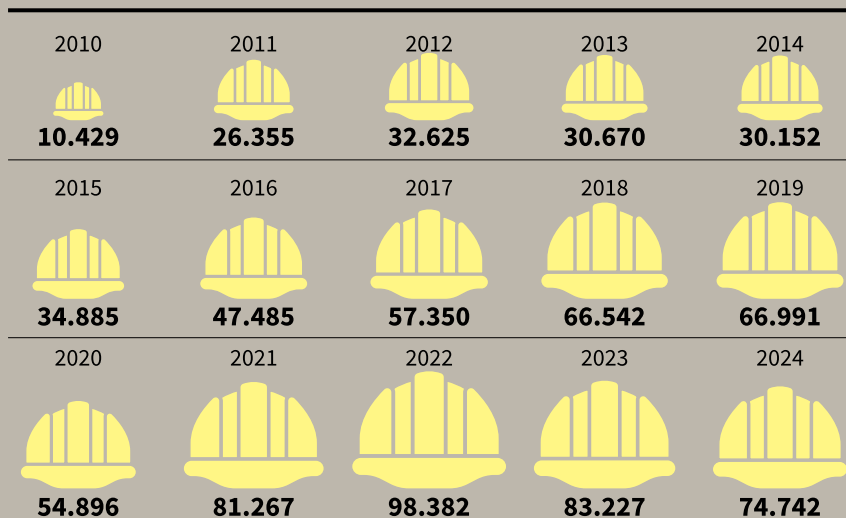
Ende 2024 fehlten fast 75.000 qualifizierte Arbeitskräfte in Infrastrukturberufen.

Rein rechnerisch konnten Unternehmen in diesem Bereich – dazu gehören zum Beispiel alle Bau- und Baustoffherstellungsberufe – zuletzt gut jede zweite offene Stelle nicht besetzen. In den größten Engpassberufen – darunter Bauelektriker, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker sowie Bauplaner – blieben sogar rund drei von vier offenen Stellen vakant (Grafik Seite 3).

Erschwerend kommt hinzu, dass jeder vierte Beschäftigte in Infra-

Der Infrastruktur fehlt Arbeitskraft

Zahl der offenen Stellen für qualifizierte Arbeitskräfte in Infrastrukturberufen in Deutschland ohne passend qualifizierte Arbeitslose



Stand jeweils 31. Dezember; Infrastrukturberufe: 11 von 1.300 Berufen der Klassifikation der Bundesagentur für Arbeit, darunter z. B. alle Bauberufe
 Qualifizierte Arbeitskräfte: Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung, Spezialisten mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Techniker oder Meister sowie Experten mit Diplom oder Master
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

Infrastruktur: Die größten Engpassberufe

Für so viele offene Stellen in diesen Infrastrukturberufen gab es im Durchschnitt von Juli 2024 bis Juni 2025 bundesweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen

■ Stellenüberhangsquote in Prozent

Fachkraft	Bauelektrik	17.262	77,7
	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	11.487	72,6
	Dachdeckerei	2.840	54,1
	Tiefbau (ohne Spezialisierung)	2.192	79,3
	Kältetechnik	1.914	84,9
Spezialist	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (Aufsicht)	1.495	75,6
	Hochbau (Aufsicht)	1.251	64,9
	Tiefbau (Aufsicht)	1.163	86,8
	Bauabrechnung und -kalkulation	766	68,4
	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	721	77,8
Experte	Bauplanung und -überwachung (ohne Spezialisierung)	7.048	81,2
	Bauplanung und -überwachung, Architektur (Führung)	2.790	48,7
	Tiefbau (ohne Spezialisierung)	1.051	89,1
	Hochbau (ohne Spezialisierung)	936	55,1
	Vermessungstechnik	639	81,2

Infrastrukturberufe: 111 von 1.300 Berufen der Klassifikation der Bundesagentur für Arbeit, darunter z. B. alle Bauberufe
Stellenüberhangsquote: Anteil der offenen Stellen, die rechnerisch nicht besetzt werden können
Fachkraft: mit abgeschlossener Berufsausbildung; Spezialist: mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Techniker oder Meister; Experte: mit Diplom oder Master
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

strukturberufen aktuell 55 Jahre oder älter ist und somit innerhalb der kommenden zehn Jahre in Rente geht oder kurz davorsteht. Gleichzeitig bleiben bereits heute viele Ausbildungsplätze unbesetzt und die Zahl der Studienanfänger in entsprechenden Berufen sinkt.

Dass die Situation nicht noch angespannter ist, ist Frauen und internationalen Fachkräften zu verdanken. Die Zahl der in Infrastrukturberufen beschäftigten Zuwanderer stieg im Vergleich zu 2014 um rund 261.000, die von deutschen Frauen um 34.000. Dagegen arbeiteten fast 90.000 weniger deutsche Männer in entsprechenden Jobs.

Planung und Vergabe. Bevor der erste Spatenstich erfolgen kann, müssen Projekte ausgeschrieben und vergeben werden. Nach IW-Berechnungen müssten die öffentlichen Vergabekapazitäten um rund zwei

Drittel steigen, damit die Milliarden auf den Baustellen ankommen. Auch dafür fehlt Personal. Zudem sind die Verfahren langwierig und bürokratisch.

Damit das Sondervermögen nicht zu einem milliarden schweren Strohfeder wird, muss die Politik also an einigen Stellschrauben drehen:

Preissteigerungen vermeiden.

Die Bundesregierung sollte die Bauinvestitionen langsamer erhöhen als derzeit geplant und so der Bauwirtschaft Zeit geben, zusätzliche Kapazitäten aufzubauen. Zudem sollten die beteiligten Parteien möglichst langfristige Verträge schließen, die allen Seiten mehr Planungs- und Preissicherheit geben.

Personal aufbauen. Die deutsche Bildungspolitik sollte die gezielte Berufsorientierung an Schulen ausbauen, ebenso berufsbegleitende Weiterbildungsangebote. Fachkräfte

aus dem Ausland sollten – zum Beispiel durch gezielte Abkommen mit Drittstaaten – aktiv angeworben und ihre Einwanderung dann schnell und digital abgewickelt werden.

Produktivität steigern. Der Fachkräftemangel wird sich nur abschwächen, aber nicht gänzlich auflösen lassen. Um trotz zunehmender Aufträge mit den verfügbaren Arbeitskräften auszukommen, muss der gesamte Bauprozess effizienter und schneller werden. Zentral dafür ist es, Bauplanung, Auftragsvergaben, Genehmigungsverfahren und Regulierungen radikal zu vereinfachen sowie die Digitalisierung konsequent voranzutreiben.

IW-Report 42/2025
Alexander Burstedde, Thomas Puls, Jurek Tiedemann: Risiken für die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität

Interview. Nur mit Geld ist es nicht getan, wenn die geplante Investitions-offensive der Bundesregierung tatsächlich in einer umfassenden Modernisierung der Infrastruktur münden soll, sagt **Alexander Burstedde**, Senior Economist für Qualifizierung und Fachkräftesicherung im Institut der deutschen Wirtschaft. Was geschehen muss, damit das Sondervermögen seine gewünschte Wirkung entfaltet, erklärt er im Interview.

„Ohne Reformen wird das Sondervermögen wenig bewirken“

Reichen 500 Milliarden Euro, um den Investitions-rückstand in Deutschland aufzuholen?

Grundsätzlich ja. Das Problem liegt in der Aufteilung des Geldes. Der Bund, dem 60 Prozent der Mittel zustehen, kann seinen Investitionsrückstand aus rein finanzieller Sicht damit mehr als aufholen. Doch ein Großteil des Investitionsbedarfs liegt bei den Kommunen, die zum Beispiel die Sanierung der zahlreichen maroden Schulen und bröckelnden Straßen bezahlen müssen.

Sie erhalten aber nur einen geringen Teil des Sondervermögens: Von den 500 Milliarden Euro geht ein Fünftel an die Bundesländer, die laut aktuellen Verhandlungen wohl etwa 60 bis 65 Prozent davon an ihre Kommunen weitergeben. Insgesamt landen so nur rund 12 Prozent des Sondervermögens da, wo es am dringendsten gebraucht wird.

Deswegen sehe ich aktuell eine Diskrepanz zwischen der öffentlichen Erwartungshaltung, dass wir in Deutschland bald wieder eine hervorragende Infrastruktur haben, und der Realität. Denn mit dem, was in den Kommunen an Geld aus dem Sondervermögen ankommt, können diese ihre infrastrukturellen Probleme nicht lösen. Sie sind strukturell unterfinanziert und ihre Finanzlage wird in den kommenden Jahren eher noch schlechter. Das Sondervermögen wird so lediglich dafür sorgen, dass die zukünftigen finanziell nötigen Kürzungen im Infrastrukturbereich geringer ausfallen.

Wie kann es auf kommunaler Ebene denn wieder bergauf gehen?

Damit wir wirklich vorankommen, muss der Bund die Kommunen dringend strukturell stärken. Das Konnexitätsprinzip – also der Grundsatz „wer bestellt, der

bezahlt“ – wird seit Jahren missachtet, zum Beispiel wenn ein Bundesland seine Kitas beitragsfrei macht, aber seinen Kommunen die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle nicht vollständig und dauerhaft ersetzt.

Die Kommunen brauchen zwingend mehr Gestaltungsmacht über ihre Einnahmen und Ausgaben, insbesondere bei schwacher Wirtschaftslage können sie diese nicht ausreichend anpassen. Die größte finanzielle Belastung sind die steigenden Sozialausgaben. Ohne entsprechende Reformen wird das Sondervermögen weder kurz- noch langfristig seine gewünschte Wirkung entfalten.

Auf Bundesebene soll das Sondervermögen möglichst schnell eingesetzt werden, aber es fehlen entsprechende Arbeitskräfte. Brauchen die Unternehmen mehr Vorlauf?

Das Sondervermögen ist auf zwölf Jahre angelegt – im Schnitt stehen also rund 41,7 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Regierung will bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2029 aber jedes Jahr knapp 60 Milliarden Euro ausgeben. Das wird nicht funktionieren – es fehlen kurzfristig schlicht zu viele Fachkräfte, um die Mittel sinnvoll zu verarbeiten.

Statt die Investitionen am Anfang hochzufahren, sollte die Regierung sie langsamer erhöhen und mehr Planungssicherheit über Legislaturperioden und Koalitionen hinaus schaffen. Die Investitionsplanung sollte von einer breiten politischen Mehrheit, die über die aktuelle Regierungsmehrheit hinausgeht, getragen werden.

Der Fachkräftemangel bleibt jedoch in jedem Fall ein sehr großes Hindernis. Bauingenieure, Tiefbau-Fachkräf-



Foto: IW Medien

te und andere Spezialisten fehlen bereits heute, noch bevor ein Euro aus dem Sondervermögen abgeflossen ist. Ausbildungszeiten von drei bis fünf Jahren verhindern kurzfristige Entlastungen, und der demografische Wandel verschärft die Lage.

Was ist mit Arbeitskräften aus dem Ausland?

Zumindest im Tiefbau ist es sinnvoll, gezielt Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. In diesem Bereich geht es um den tatsächlichen Bau von Straßen, Brücken, Tunneln, Schienen und Leitungen – Arbeiten, die in weiten Teilen der Welt ähnlich sind und so weniger Einarbeitungszeit benötigen.

Bevor die Leute auf der Baustelle anpacken können, braucht es aber die Planung. Die Bauvorschriften und Gesetze sind allerdings in jedem Land anders, sodass Fachkräfte aus dem Ausland, die auf ihr jeweiliges Land spezialisiert sind, hier keine schnelle Abhilfe schaffen können.

Was also tun, um auch in der Planung von Bauwerken voranzukommen?

Wenn wir für die Arbeit nicht mehr Personal bekommen können, muss das bestehende Personal produktiver werden. In diesem Fall heißt das: Man muss die Vorschriften radikal vereinfachen.

Ein Beispiel: Aktuell sind die Vergabeprozesse extrem bürokratisch und zersplittert, das Bauamt vergibt seine Aufträge kleinteilig an viele kleine Handwerksfirmen. Diese sogenannte losweise Vergabe verursacht einen riesigen Aufwand und belastet die Planungsämter enorm. Um mit den vorhandenen Kapazitäten mehr zu erreichen, muss die Politik die Verfahren vereinfachen. Dazu gehört, Aufträge öfter an Großunternehmen zu

vergeben, die alle Bauleistungen aus einer Hand anbieten. Die mit der losweisen Vergabe bezweckte Mittelförderung wird in den kommenden Jahren in vielen Fällen nicht nötig sein, da die Baukapazitäten durch die mit dem Sondervermögen enorm gestiegene Nachfrage auch ohne diese Regelung überall ausgelastet sein dürften. Darüber hinaus sollten ausländische Unternehmen in der Vergabe stärker berücksichtigt werden als bisher. Selbst bei staatlichen Großbauprojekten liegt ihr Anteil aktuell nur bei 3 Prozent.

Das ist ganz schön viel Reformbedarf ...

Insgesamt sind vier Punkte entscheidend, wenn das Sondervermögen wirken soll: die strukturelle Stärkung der Kommunen, ein planbarer und an Kapazitäten orientierter Investitionspfad, das gezielte Anwerben von Tiefbau-Fachkräften aus dem Ausland und das radikale Vereinfachen von Vergabeverfahren und Bauvorschriften.

Machen wir einen Sprung ins Jahr 2036 – sind Sie optimistisch, dass wir dann auf eine gelungene Investitionsoffensive zurückblicken?

Zunächst einmal: Wenn mehr saniert wird, gibt es mehr Baustellen. Die Lage, beispielsweise bei der Deutschen Bahn, wird also tendenziell erst einmal noch schlimmer. Da müssen Politik und Gesellschaft jetzt durch. Aber ich denke, wir werden mit dem Sondervermögen einen großen Schritt nach vorne machen – vor allem in der Schieneninfrastruktur, für die der Bund zuständig ist.

In anderen Bereichen hängt der Erfolg stark davon ab, ob die Regierung die Probleme bei Fachkräften und in den Kommunen entschlossen angeht. Andernfalls bleiben die Investitionen nur Zahlen auf Papier.

Gefüllter Subventionstopf

Staatsausgaben. Die Bundesregierung will 2026 rund 80 Milliarden Euro für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgeben. Ein Schwerpunkt der Subventionspolitik liegt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Wenn der Staat das Portemonnaie öffnet, freut das in der Regel sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen. Beide profitieren jedes Jahr vom Subventionstopf der Bundesregierung – Geld, an das man generell auf zwei Wegen gelangen kann.

Zum einen wären da die Steuervergünstigungen – steuerliche Sonderregelungen, die einzelne Sektoren, Teilbereiche der Wirtschaft oder auch Einzelpersonen begünstigen. Zum anderen zahlt der Bund Finanzhilfen, also direkte monetäre Leistungen – zum Beispiel die

Wohnungsbauprämie, die Privatpersonen im Rahmen ihres Bausparvertrags erhalten. Die stetigen Mehrausgaben im Bereich der Finanzhilfen sind maßgeblich für den seit Jahren zu beobachtenden Anstieg der staatlichen Subventionen (Grafik):

Die für 2025 veranschlagten Finanzhilfen sind mit rund 58 Milliarden Euro fast dreimal so hoch wie jene aus dem Jahr 2022.

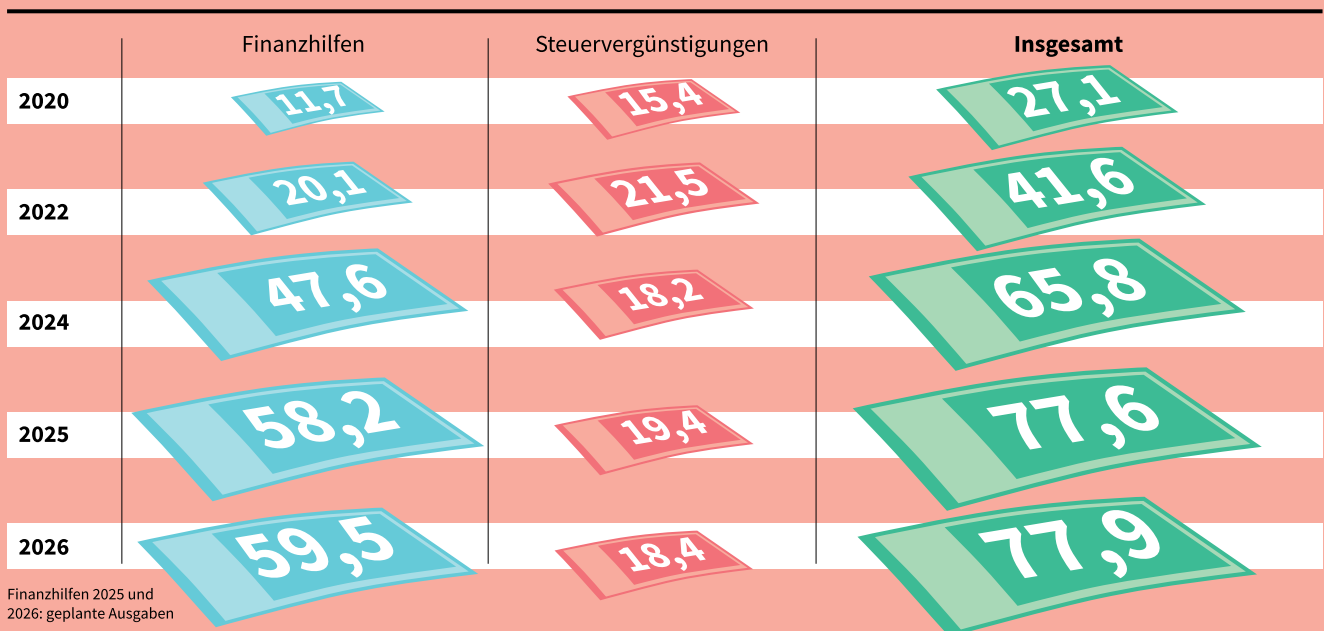
Im Vergleich zu 2020 haben sie sich sogar annähernd verfünffacht. Mittlerweile machen die Finanzhilfen rund ein Zehntel der gesamten Ausgaben des Bundes aus. Zwischen

2010 und 2020 lag ihr Anteil stets bei rund 2 bis 3 Prozent.

Das Subventionsvolumen dürfte allerdings sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr unterm Strich niedriger sein als veranschlagt. So gab die Regierung im Jahr 2023 fast 20 Milliarden Euro weniger an Subventionen aus als geplant, 2024 waren es 11,7 Milliarden Euro weniger. Das liegt zum Teil daran, dass viele Mittel nicht wie geplant ausgeschöpft werden – oftmals halten bürokratische Antragsverfahren, komplexe Förderbedingungen oder fehlende Informationen und

Starker Anstieg der Subventionen

Subventionsvolumen des Bundes in Milliarden Euro



Beratung potenzielle Empfänger davon ab, die mögliche Subvention überhaupt zu beantragen.

Darüber hinaus spielen aber auch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine Rolle. So ist ein Großteil der Differenz zwischen geplanten und tatsächlichen Ausgaben 2023 darauf zurückzuführen, dass die Regierung für die damals als staatliche Subvention eingeführte EEG-Umlage – also die Übernahme des Preisunterschieds zwischen der festen Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien und dem tatsächlichen Marktpreis – aufgrund der in diesem Jahr sehr hohen Strompreise doch keine Bundesmittel verwenden musste.

Im vergangenen Jahr normalisierten sich die Strompreise dann wieder – und die EEG-Umlage stieg direkt zum am stärksten bezuschussten Subventionsposten auf. Mit Ausgaben von 18,5 Milliarden Euro war sie hauptverantwortlich für den großen Sprung des staatlichen Subventionsvolumens. Für 2026 plant die Bundesregierung mit einem ähnlich hohen Betrag (Grafik):

Im kommenden Jahr sollen 17,2 Milliarden Euro in die vom Staat übernommene EEG-Umlage fließen.

Auf Rang 2 der größten Finanzhilfen liegt mit veranschlagten 12,1 Milliarden Euro die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG).

Generell zeigt sich in den Finanzhilfen der starke Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz, den die Bundesregierung in ihrer Subventionspolitik legt. Neben der EEG-Umlage und der BEG stehen in den Top Ten fünf weitere klimapolitische Maßnahmen – unter anderem bereitgestellte Mittel zur Förderung von effizienten Wärmenetzen, Zuschüsse zur Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft sowie das IPCEI

Finanzhilfen: Was der Staat am meisten fördert

Die zehn größten Finanzhilfen des Bundes für das Jahr 2026 in Millionen Euro

1	EEG-Umlage	17.200
2	Förderung für effiziente Gebäude	12.065
3	Förderung der Mikroelektronik	5.000
4	Strompreiskompensation	3.000
5	Sozialer Wohnungsbau	2.653
6	IPCEI Wasserstoff	2.388
7	Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen	2.255
8	Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur	1.714
9	Förderung für effiziente Wärmenetze	1.398
10	Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft	973

Geplante Ausgaben; EEG-Umlage: Übernahme der Differenz zwischen der festen Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien und dem tatsächlichen Marktpreis; Mikroelektronik: z. B. Herstellung von Mikroprozessoren oder Chips; Strompreiskompensation: Zuschüsse an energieintensive Unternehmen zum Ausgleich der auf den Strompreis abgewälzten Kosten aus dem europäischen Emissionshandel; IPCEI: „Important Projects of Common European Interest“, länderübergreifende Förderprojekte der EU-Kommission

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Wasserstoff, ein länderübergreifendes Förderprojekt innerhalb der EU zur Entwicklung von Wasserstofftechnologien. So haben 89 der insgesamt 139 Finanzhilfen in diesem Jahr einen Bezug zu den in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerten Umwelt- und Klimaschutzziele und machen mit geplanten Ausgaben von 52,3 Milliarden Euro mehr als 90 Prozent des gesamten Finanzhilfenvolumens aus.

Im Gegensatz zu den Finanzhilfen sollen die Steuervergünstigungen des Bundes zwischen 2024 und 2026 nur leicht steigen, um rund 1 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro. Das Volumen ist dann aber immer noch 3 Milliarden Euro größer als im Jahr 2020. Dass dieser Posten im Vergleich zu den Finanzhilfen kleiner ist, liegt in erster Linie daran, dass die Bundesländer die Steuervergünsti-

gungen mittragen. Rechnet man die Belastung von Bund, Ländern und Kommunen zusammen, ergeben sich für das Jahr 2026 voraussichtliche Mindereinnahmen von 40,1 Milliarden Euro.

Auch wenn die wechselnden Bundesregierungen immer wieder verkündet haben, Subventionen abbauen zu wollen, ist der Anstieg der Ausgaben nicht grundsätzlich zu verurteilen. Wichtig ist vielmehr, Subventionen zeitlich zu befristen. Dahingehend ist der Staat auf dem richtigen Weg: Zwischen 2023 und 2025 sank der Anteil der unbefristeten Finanzhilfen von 21 Prozent auf 11,5 Prozent. Nun gilt weiterhin, jede Subvention regelmäßig in ihrer Höhe, ihrem Ziel und ihrer Wirkung zu prüfen, gegebenenfalls anzupassen oder – sollte sie die erhofften Lenkungseffekte nicht erzielen – ganz zu streichen.

Noch viel zu tun

35 Jahre Wiedervereinigung. In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten hat Deutschland beim Aufbau der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern viel erreicht. Trotzdem hält sich ein deutlicher Rückstand zu den westdeutschen Bundesländern seit Jahren hartnäckig. Um daran etwas zu ändern, muss die Politik eingreifen.

Vor 35 Jahren wurde aus zwei deutschen Staaten offiziell wieder ein vereinigtes Deutschland. Die größte Herausforderung im Zuge der Einheit war es, die sozialistisch geprägten neuen Bundesländer in die Soziale Marktwirtschaft zu überführen. Die gute Nachricht: Die ostdeutschen Bundesländer haben dabei große Fortschritte gemacht. Die schlechte Nachricht: Seit vier Jahren stagniert der Abstand zum Westen, zuletzt ist der Osten sogar leicht zurückgefallen.

Im Jahr 2024 hatte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland – Berlin eingerechnet – etwa 78 Prozent des Westniveaus erreicht. Lässt man die Hauptstadt außen vor, waren es knapp 72 Prozent.

Dieses Verhältnis hat sich seit 2020 nicht verbessert. Dass es den ostdeutschen Bundesländern nicht gelingt, komplett aufzuschließen, hat mit mehreren Schwächen zu tun:

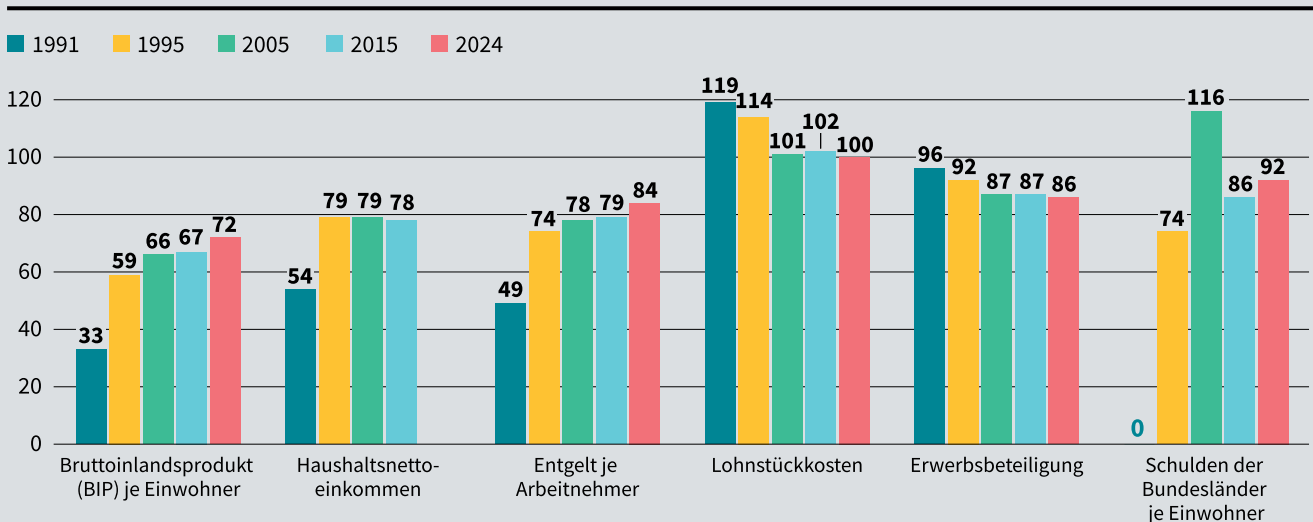
Arbeitsmarkt. Im Vergleich zu Westdeutschland hat sich die Beschäftigung im Osten schlechter entwickelt (Grafik):

Die Erwerbsbeteiligung in den ostdeutschen Bundesländern lag 2024 nur bei 86 Prozent des Westniveaus. Im Jahr nach der Wiedervereinigung waren beide noch nahezu gleichauf.

Und die Perspektive ist nicht gut. Im Osten ist die Altersstruktur ungünstiger, es gibt mehr ältere Menschen.

Ostdeutschland hinkt hinterher

Ökonomische Kennzahlen für Ostdeutschland; Westdeutschland = 100



Haushaltsnettoeinkommen: inklusive Berlin, keine Daten für 2024 verfügbar

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Sozio-oekonomisches Panel, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

© 2025 IW Medien / iwd

Somit wird die Erwerbsbeteiligung ohne Gegenmaßnahmen langfristig weiter sinken, auch im Ost-West-Vergleich.

Innovationen. Drei Viertel aller Beschäftigten in Forschung und Entwicklung arbeiten in Deutschland in einem Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Auch weil solche Großunternehmen im Osten rar sind, liegt die Innovationstätigkeit dort erheblich unter dem Westniveau. Das wird besonders bei den Patenten deutlich: Auf die Einwohnerzahl bezogen, melden westdeutsche Unternehmen fünfmal so viele Patente an wie ihre ostdeutschen Pendanten.

Wirtschaftsstruktur. In Ostdeutschland spielen öffentliche Dienstleistungen eine viel größere Rolle für die Wertschöpfung, die für die deutsche Wirtschaft wichtige Industrie dagegen weniger (Grafik):

Im Jahr 2024 gingen knapp 21 Prozent der Bruttowertschöpfung in den westdeutschen Bundesländern auf das Verarbeitende Gewerbe zurück, im Osten lag der Anteil mehr als 4 Prozentpunkte darunter.

In Ostdeutschland fehlen – bis auf wenige Ausnahmen wie die Tesla-Fabrik in Brandenburg und weitere Autowerke – Großunternehmen und insbesondere Konzernzentralen und selbst innerhalb des industriellen Mittelstands sind die Firmen erheblich kleiner. Das hat zur Folge, dass die Produktivität pro Kopf im Osten ebenfalls deutlich niedriger ist als im Westen.

Digitalisierung. Auch bei der Digitalisierung haben ostdeutsche Firmen Nachholbedarf, wie Unternehmensbefragungen zeigen. Und die Informations- und Kommunikationsbranche trägt dort nur mit knapp 3 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei – kaum mehr als die Hälfte des westdeutschen Werts.

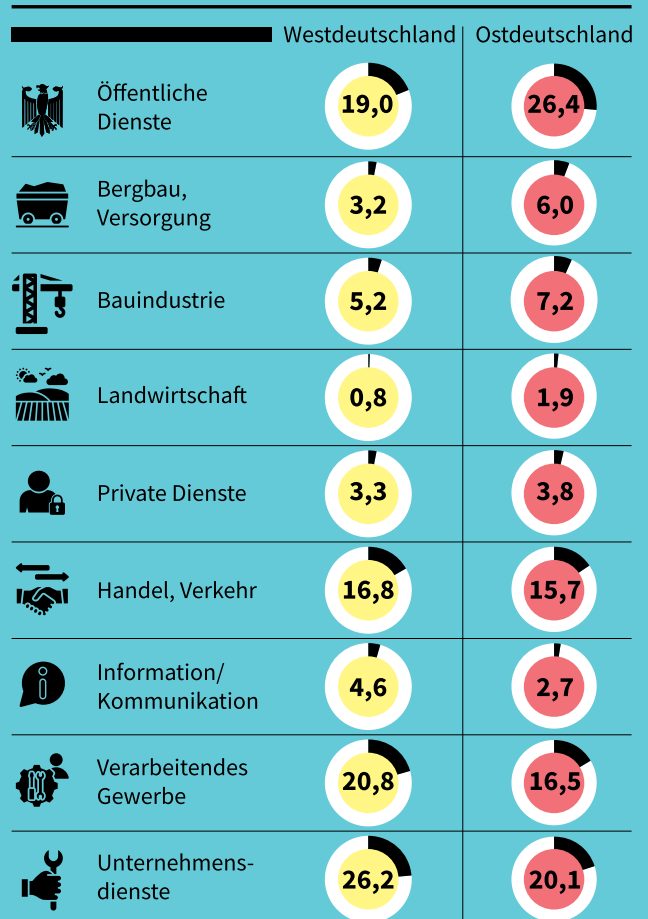
Von allein wird sich die Situation nicht verbessern, vielmehr ist zu befürchten, dass der ostdeutsche Rückstand wächst. Mit den richtigen Schritten ist eine Trendumkehr aber möglich.

Fachkräfte. Ostdeutschland muss sein Fachkräfteproblem in den Griff bekommen. Ein späterer Renteneintritt und Anreize zum Weiterarbeiten nach Rentenbeginn sind Ansatzpunkte dafür. Gleichzeitig müssen sich die ostdeutschen Länder und Unternehmen stärker um die Zuwanderung von Fachkräften bemühen, dafür könnten sie etwa mit günstigem Wohnraum werben.

Forschung. Angesichts schwacher Investitionen und einer ungünstigen Demografie sind Innovationen und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und neue Geschäftsmodelle extrem wichtig für die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Eine Anwendungs- und transferorientierte Hochschulforschung und die Förderung von Forschung und Entwick-

Wirtschaftsstruktur in Ost- und Westdeutschland

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung der jeweiligen Wirtschaftsräume im Jahr 2024 in Prozent



Ostdeutschland: ohne Berlin

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

lung in bestehenden und neuen Unternehmen können sich ebenso positiv auswirken wie ein gutes Umfeld für Start-ups mit weniger bürokratischen Auflagen.

Effizienz. Ostdeutschland hat seit Jahren einen erheblichen Produktivitätsrückstand. Um gegenüber den westdeutschen Bundesländern aufzuholen, sind Fortschritte bei der Digitalisierung hier noch wichtiger als im Rest des Landes. Sowohl die Verwaltungen als auch die Unternehmen sollten dazu verstärkt KI nutzen.

Aus IW-Trends 3/2025

Klaus-Heiner Röhl: 35 Jahre Wiedervereinigung – Was wurde in Ostdeutschland erreicht und wo liegen die größten ökonomischen Probleme?

Kryptoanker für US-Schulden

Staatsverschuldung. Der US-Schuldenberg wächst. Zugleich schwächt der Dollar als Leitwährung – und verringert damit den Spielraum der USA, sich fast unbegrenzt im Ausland verschulden zu können. Helfen soll nun eine besondere Form von Kryptowährung.

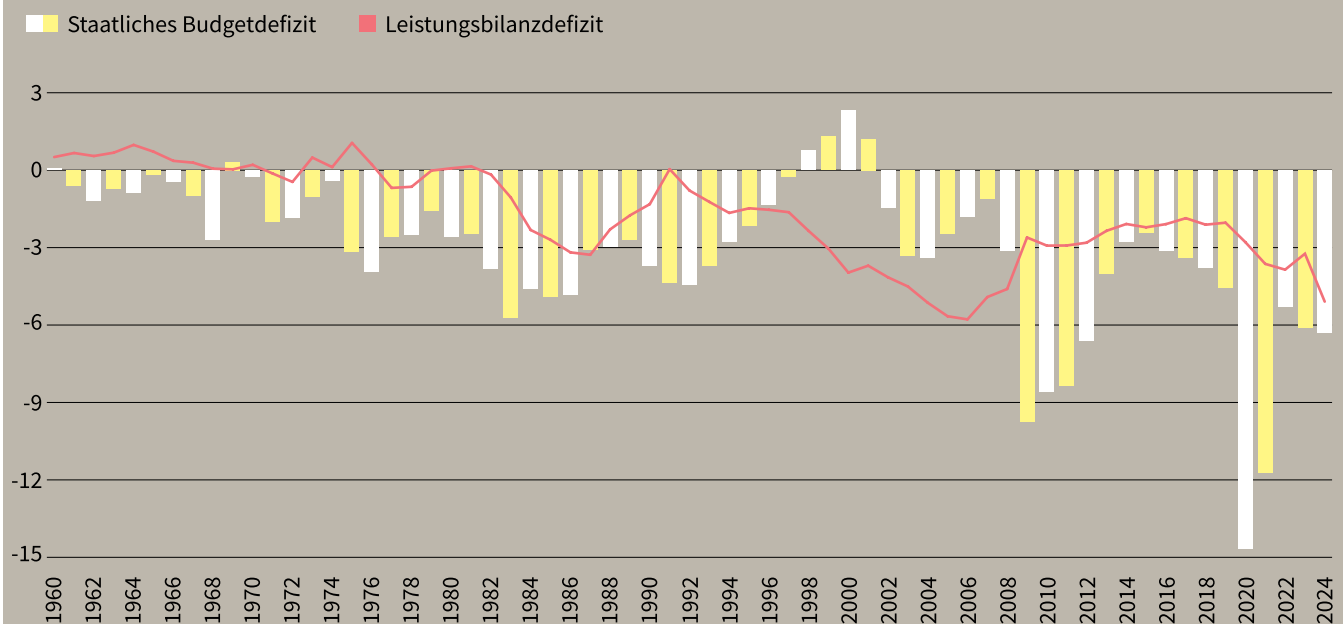
Die USA leben seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse, 2024 erreichte die Schuldenquote des Landes mit 122 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen historischen Höchststand. Ursache sind nicht nur konjunkturelle Krisen, sondern auch

der demografische Wandel: Zwischen 1966 und 2024 stieg die durchschnittliche Lebenserwartung der Amerikanerinnen und Amerikaner von 70,2 auf 78,4 Jahre – und mit ihr erhöhten sich auch die Sozialausgaben. Die Kosten für die staatlichen

Gesundheitsprogramme Medicare und Medicaid kletterten im selben Zeitraum von 0,2 Prozent auf 3,6 beziehungsweise 3,1 Prozent des BIP, die Rentenausgaben stiegen von 2,4 auf 4,8 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Zwei Defizite treiben die US-Staatsverschuldung

Staatliches Budgetdefizit und Leistungsbilanzdefizit der USA in Prozent des BIP



Budgetdefizit: Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben
 Leistungsbilanzdefizit: Differenz zwischen Import- und Exportwert von Waren und Dienstleistungen
 Quellen: Federal Reserve Bank of St. Louis, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

Gleichzeitig fließen zu wenig Einnahmen in die Staatskasse. Im Jahr 2024 gab die US-Regierung 14,4 Prozent des BIP aus, nahm aber nur 10,6 Prozent der Wirtschaftsleistung ein. Trotz dieser Schieflage sind US-Staatsanleihen heiß begehrt. Mit einem globalen Marktanteil von rund 39 Prozent und einem Volumen von 55 Billionen Dollar ist der amerikanische Anleihenmarkt der größte weltweit. Fast 9 Billionen Dollar davon halten ausländische Investoren, das heißt: Insbesondere internationale Anleger finanzieren die Schulden der USA, indem sie die als besonders sichere Kapitalanlage geltenden Staatsanleihen kaufen.

Doch wie lange können sich die Vereinigten Staaten noch auf diesem Vertrauensvorschuss ausruhen und weiterhin auf Pump haushalten? Schließlich wächst seit Jahrzehnten ihr sogenanntes Twin Deficit, also das doppelte Defizit aus Haushalts- und Leistungsbilanz (Grafik Seite 10):

Zwischen 1960 und 2024 stieg das staatliche Budgetdefizit, also die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, von 0,6 Prozent auf 6,3 Prozent des BIP.

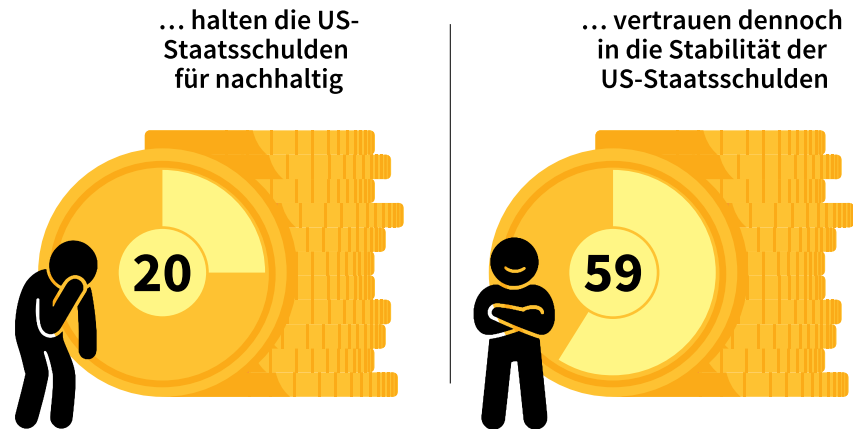
Allein in den vergangenen zwei Jahren wuchs die Staatsschuldenquote um 2 Prozentpunkte. Zudem importieren die USA seit Mitte der 1980er Jahre mehr, als sie exportieren und verschulden sich damit zunehmend im Ausland:

Während das Leistungsbilanzdefizit 1982 noch bei 0,2 Prozent des BIP lag, betrug es 2024 schon 3,9 Prozent.

Das liegt zum einen am hohen Wechselkurswert des Dollar, durch den amerikanische Verbraucher und Unternehmen im Ausland günstiger einkaufen können. Zum anderen sparen US-Haushalte im internationalen Vergleich wenig und nehmen immer mehr Kredite auf: Der Anteil der Konsumentenkredite am BIP

USA: Staatsschulden wachsen, Vertrauen bleibt

So viel Prozent der im Jahr 2024 befragten internationalen Investoren ...



Online-Umfrage unter 103.739 internationalen Anlegern im Juli 2024

Staatsschulden: Summe aus Budgetdefizit und Leistungsbilanzdefizit; Budgetdefizit: Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben; Leistungsbilanzdefizit: Differenz zwischen importierten und exportierten Waren und Dienstleistungen

Quellen: CFA Institute, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

stieg von rund 13 Prozent im Jahr 1980 auf knapp 17 Prozent im vergangenen Jahr.

Bislang schien das Twin Deficit kein Problem: Weltweit angehäuften Ersparnisse trafen auf ein knappes Angebot an US-Anleihen. Das senkt die Zinsen und verschafft den USA die Möglichkeit, sich fast unbegrenzt und billig zu verschulden.

Denn solange die Nachfrage nach sicheren Dollar-Anlagen hoch ist, können die USA ihre Defizite günstig finanzieren, weil Investoren dann auch zu niedrigeren Renditen kaufen. Die Nachfrage wiederum bleibt hoch, wenn die Investoren auf die Stabilität der amerikanischen Staatsfinanzen vertrauen. Das war zuletzt noch der Fall (Grafik):

Obwohl nur 20 Prozent der 2024 befragten ausländischen Investoren das US-Defizit als nachhaltig einstufen, vertrauen 59 Prozent in die Stabilität der Staatsschulden der USA.

All das führte in der Vergangenheit dazu, dass die Vereinigten Staaten immer mehr Schulden aufgenommen haben – und im

Schnitt sogar weniger Zinsen als in Zeiten niedriger Verschuldung zurückzahlen mussten.

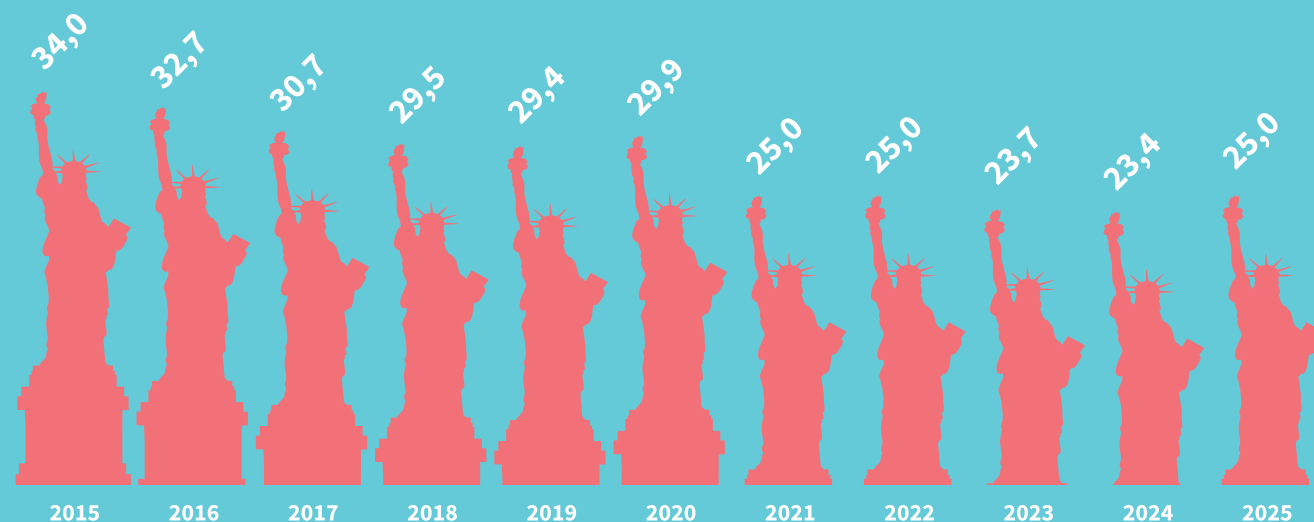
Doch dieser Mechanismus ist fragil – mit steigenden Leitzinsen, Handelskonflikten und politischen Unsicherheiten rund um ein mögliches Schuldenlimit wächst das Risiko, dass Investoren ihr Vertrauen verlieren und Kapital umschichten. Erste Anzeichen dafür sind bereits sichtbar, sodass Zentralbanken auf der ganzen Welt beginnen, ihre Währungsreserven umzuverteilen: Von 2021 bis 2024 ist der Anteil des Dollar in den globalen Währungsreserven von rund 72 Prozent auf gut 58 Prozent gesunken.

Besonders beunruhigend dürfte für Washington der Blick auf den Markt für US-Staatsanleihen sein (Grafik Seite 12):

Der Anteil ausländischer Investoren an der Staatsverschuldung der USA ist Anfang 2025 auf rund 25 Prozent gesunken – damit sank das Engagement ausländi-

Goodbye Amercia: US-Anleihen international immer unbeliebter

So viel Prozent der US-Anleihen hielten ausländische Investoren



Stand jeweils 1. Januar

Quellen: Federal Reserve Bank of St. Louis, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

schon Anleger in den vergangenen zehn Jahren um 9 Prozentpunkte.

Insgesamt schwankt der Anteil ausländischer Halter von US-Anleihen immer wieder, weil Anleger darauf reagieren, wenn sich die Zinsen auf US-Papiere und die Renditen auf andere Kapitalanlagen unterschiedlich entwickeln. Der leichte Zugewinn internationaler Investoren gegenüber dem Vorjahr ist demnach laut IW-Analysten nicht so aussagekräftig, wie der zuletzt insgesamt zu beobachtende Abwärtstrend.

In dieser Situation setzt die US-Regierung nun große Hoffnungen auf Stablecoins – digitale Vermögenswerte, die an den Dollar gekoppelt sind. Geschaffen werden sie von privaten Finanzunternehmen, die für jeden ausgegebenen Coin entsprechende Sicherheiten in Form von Dollar oder Staatsanleihen hinterlegen.

Anleger erhalten dabei sogenannte Token, das sind digitale Einheiten,

die auf einer Blockchain – also einer Kette von digitalen Datenblöcken – gespeichert sind und den Anspruch auf den hinterlegten Wert repräsentieren. Das Versprechen: 1 Token im Wert von 1 Dollar soll dann jederzeit gegen 1 Dollar eingelöst werden können.

Stablecoins funktionieren damit ähnlich wie Geldmarktfonds. Auch diese bündeln die Einlagen vieler Anleger, legen sie kurzfristig in sichere Papiere wie Staatsanleihen an und bieten hohe Liquidität. Der Unterschied: Bei Fonds erwerben Investoren Anteile, bei Stablecoins dagegen digitale Token.

Mit dem im Juli 2025 verabschiedeten Genius Act will die US-Regierung den Markt für Stablecoins gezielt fördern. Die Idee dahinter: Anleger parken überschüssige Liquidität in Stablecoins, deren Anbieter legen das Geld dann direkt in Staatsanleihen an. So würde die Nachfrage nach US-Anleihen steigen, während zugleich die Rolle des

Dollar als Leitwährung gesichert bliebe.

Doch was wie ein eleganter Ausweg klingt, birgt neue Gefahren. Stablecoins funktionieren nur, solange das Vertrauen in ihren Gegenwert intakt ist. Gerät es ins Wanken, könnten Anleger innerhalb kürzester Zeit massenhaft Token einlösen wollen und die Anbieter wären gezwungen, Staatsanleihen in großem Stil zu verkaufen. Die Folgen wären stark fallende Kurse, steigende Renditen und Schockwellen für die Finanzmärkte weltweit – ein Szenario, das Erinnerungen an die Geldmarktfonds-Krise 2008 weckt. Ob sich Stablecoins als die erhofften Rettungsanker für die US-Schuldenlast erweisen oder ob aus der erhofften Stabilität am Ende nicht nur neue Instabilität entsteht, ist also zumindest fraglich.

IW-Report 44/2025

Markus Demary, Niklas Taft: Stablecoins und US-Staatsverschuldung: Droht eine neue Finanzmarktkrise?



Ein Heim für Studis

Immobilienmarkt. Studenten haben es auf dem hiesigen Wohnungsmarkt nicht leicht, dies gilt vor allem für Studenten aus dem Ausland. Eine preisgünstige Alternative zum freien Wohnungsmarkt sind die Studentenwohnheime, in denen zuletzt fast jeder zweite internationale Student wohnte.

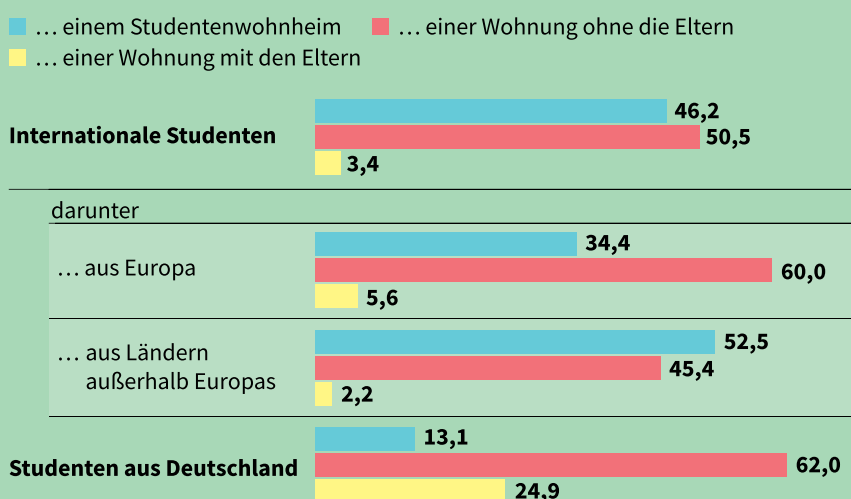
Selbst für Menschen mit einem festen Einkommen ist es zurzeit nicht ganz einfach, eine bezahlbare Wohnung zu finden, vor allem in den Städten. Deutlich schwerer haben es Studenten, da sie in der Regel noch kein oder nur wenig Geld verdienen. Besonders mühevoll gestaltet sich die Wohnungssuche für internationale Studenten, da sie sich ihre Unterkunft am jeweiligen Studienort in Deutschland oft noch von ihrer Heimat aus organisieren müssen. Bis sie in Heidelberg, Leipzig oder Berlin vor Ort sind, um sich ein WG-Zimmer oder ein Apartment anzusehen, sind die meisten studiengerechten und preisgünstigen Wohnangebote längst vergeben. Zwar lassen sich Mietverträge auch aus dem Ausland abschließen, doch das Gros der vorwiegend privaten Eigentümer möchte sich von Interessenten ein persönliches Bild machen.

Internationale Studenten haben somit – unabhängig von ihrem Budget – häufig Schwierigkeiten, auf dem privaten Wohnungsmarkt eine geeignete Bleibe zu finden. Kein Wunder also, dass fast die Hälfte von ihnen in Deutschland im Wohnheim lebt (Grafik):

Im Jahr 2021 – das sind die neuesten Daten – wohnten rund 46 Prozent der Studenten mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung im Studentenwohnheim.

So wohnen Studenten

So viel Prozent der Studenten in Deutschland lebten 2021 in ...



Quellen: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Von den Studenten, die von außerhalb Europas zum Studium nach Deutschland kamen, wohnten sogar fast 53 Prozent in einem Wohnheim. Zum Vergleich: Nur gut 13 Prozent der Studenten aus Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt einen Platz in einem Studentenwohnheim. Sie lebten stattdessen öfter in einer Wohnung oder einer WG (62 Prozent) oder bei ihren Eltern (25 Prozent).

In absoluten Zahlen ist die Mehrheit der Wohnheimplätze aber nach wie vor von deutschen Studenten belegt: Ihr Anteil unter den

Bewohnern lag 2021 bei knapp 65 Prozent. Dieses Verhältnis ist vor allem für internationale Studenten in der ersten Phase nach ihrer Einreise hilfreich – so haben sie vielfältige Kontaktmöglichkeiten zu Kommilitonen aus dem Inland, die ihnen bei Fragen und Unsicherheiten weiterhelfen und dafür sorgen können, dass es auch mit der sprachlichen Integration klappt.

IW-Kurzbericht 85/2025

Wido Geis-Thöne: Internationale Studierende sind auf Wohnheimplätze angewiesen



Der Wohnsinn

Immobilienmarkt. Fast in allen deutschen Unistädten haben sich die Mieten für typische Studentenunterkünfte innerhalb der vergangenen zwölf Monate verteuert. Zwar fielen die Preissteigerungen nicht ganz so hoch aus wie in den Vorjahren, doch von Entwarnung kann keine Rede sein.

Bochum, Magdeburg und Chemnitz – in diesen drei von 38 untersuchten Hochschulstandorten reicht die Wohnkostenpauschale des Bafögs aus, um die Miete für eine typische Studentenbleibe zu bezahlen. Denn nur an diesen drei Standorten betrug die Warmmiete für eine 30 Quadratmeter große Musterwohnung in Uninähe im ersten Halbjahr 2025 weniger als 380 Euro im Monat – der Satz, den Bafög-Bezieher erhalten, die nicht mehr bei den Eltern wohnen.

In allen anderen der 38 Hochschulstädte, die das IW im Auftrag der Finanzberatung MPL zum siebten Mal untersucht hat, lagen die Mieten über der Wohnkostenpauschale. Am teuersten waren Studentenunterkünfte – wie auch der Wohnungsmarkt insgesamt – in der bayerischen Landeshauptstadt (Grafik):

In München kostete eine typische Studentenwohnung in der ersten Jahreshälfte 2025 warm rund 840 Euro monatlich.

Mit rund 790 Euro im Monat war in München auch das Muster-WG-Zimmer am teuersten.

Auf Rang 2 folgt Frankfurt am Main mit rund 730 Euro für eine 30-Quadratmeter-Wohnung und 700 Euro für ein WG-Zimmer. Drittteuerster Studi-Standort ist Köln mit

690 Euro beziehungsweise 640 Euro. Der teuerste Wohnort außerhalb der sieben größten Städte ist Heidelberg: Hier belief sich die Miete für eine kleine Wohnung in Hochschulnähe zuletzt auf rund 670 Euro, für ein WG-Zimmer waren 640 Euro fällig. Vermieter in Berlin, vor einem Jahr unter Mietaspekten noch die zweitteuerste Unistadt Deutschlands, verlangten im Schnitt 660 Euro für eine typische Uniwohnung und 620 Euro für ein WG-Zimmer.

Auch in Münster, Freiburg, Stuttgart und Hamburg lagen die kalkulatorischen Mieten für die Musterwohnungen deutlich über 600 Euro im Monat. In Hamburg und Konstanz waren zudem die WG-Zimmer sogar jeweils teurer als die 30-Quadratmeter-Wohnung: In Konstanz kostete ein WG-Zimmer im Schnitt 580 Euro im Monat, in Hamburg 678 Euro.

Dass angesichts dieser Mieten immer mehr der rund 2,9 Millionen Studenten in Deutschland in größerer Entfernung zur Hochschule wohnen, wo die Unterkünfte erschwinglicher sind, verwundert kaum. Laut Mikrozensus benötigten 2024 rund 16 Prozent von ihnen eine Stunde oder länger für den einfachen Weg zur Hochschule. Obwohl also bereits mehr als jeder sechste

Student lange Anfahrtswege in Kauf nimmt, weil er sich die hohen Mieten in Uninähe nicht leisten kann oder will, ist der Anteil der Wohnkostenbelastung unter Studenten deutlich höher als beim Rest der Bevölkerung: Studenten, die laut Statistischem Bundesamt 2024 über ein Medianeinkommen von 930 Euro im Monat verfügten, gaben davon im Schnitt 492 Euro fürs Wohnen aus. Das entspricht einer Wohnkostenbelastung von rund 53 Prozent. Zum Vergleich: In der Bevölkerung insgesamt lag diese Belastung im Jahr 2024 bei 25 Prozent.

Obwohl die Mietpreissteigerungen auf dem studentischen Wohnungsmarkt im Bundesdurchschnitt mit einem Plus von 2,3 Prozent im vergangenen Jahr moderater ausfielen als in den Vorjahren und auch die Zahl der öffentlich inserierten Mietangebote vielerorts gestiegen ist, bedeutet dies nicht automatisch eine Entspannung. Denn gegen Ende des Jahrzehnts wird die Zahl der Studenten steigen, die dann auf ein geringeres Wohnungsangebot als heute treffen dürften, da die aktuell hohen Zins- und Baukosten die Bautätigkeit bremsen. So rechnet das ifo Institut damit, dass im Jahr 2027 nur noch 170.000 Wohnungen in Deutschland fertiggestellt werden,

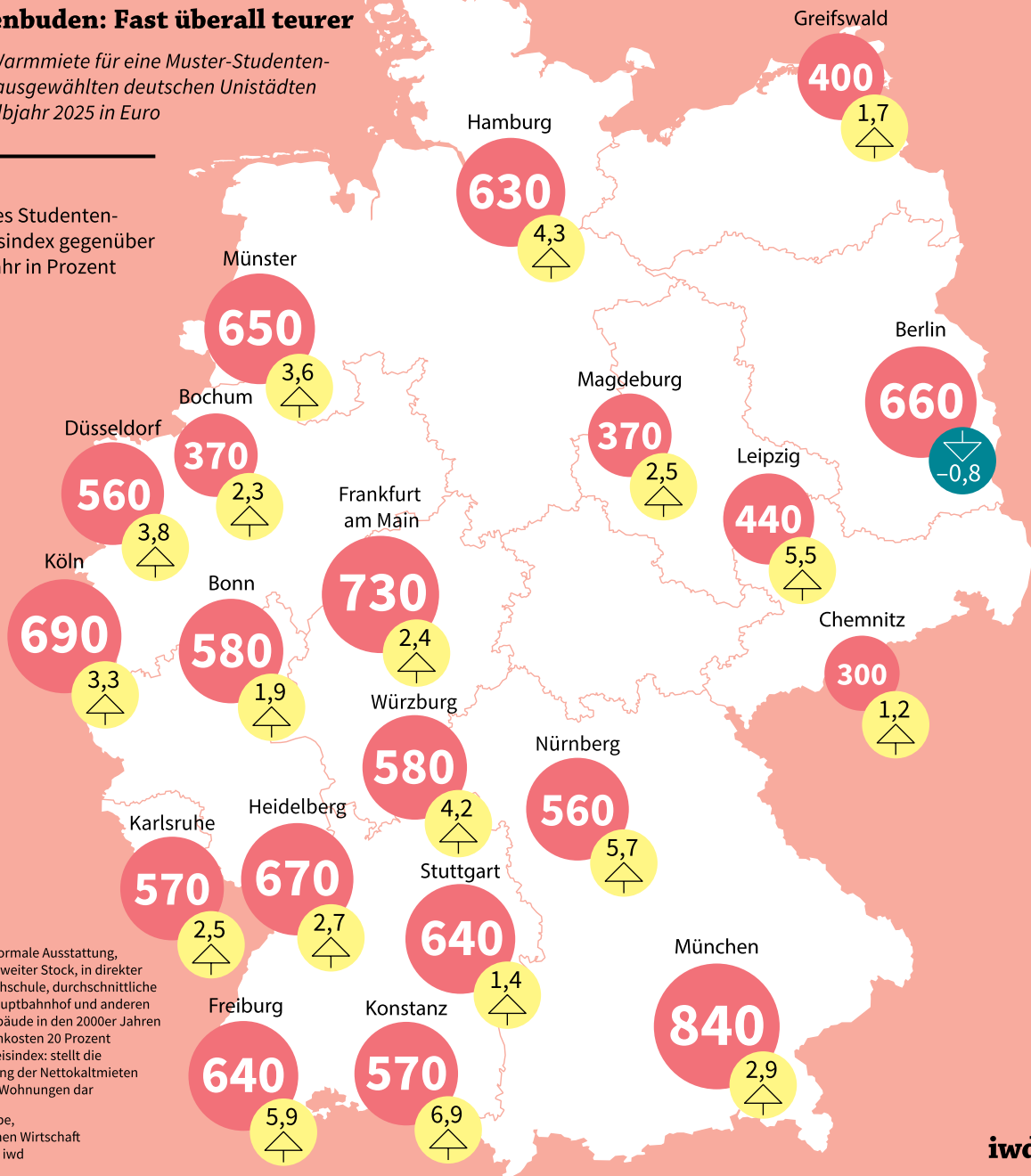
Studentenbuden: Fast überall teurer

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung in ausgewählten deutschen Unistädten im ersten Halbjahr 2025 in Euro

■ Anstieg des Studentenwohnpreisindex gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnstationen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent
Studentenwohnpreisindex: stellt die Mietpreisentwicklung der Nettokaltmieten von studentischen Wohnungen dar

Quellen: MLP Gruppe, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



iwd

der Wohnungsbedarf ist jedoch doppelt so hoch.

Deshalb sollte die Politik kurzfristig den Bau neuer Wohnungen fördern, insbesondere den Bau von

Wohnheimplätzen. Mittel- und langfristig sollte es strukturelle Reformen geben, um wieder einfacher, schneller und damit kostengünstiger bauen zu können.

IW-Gutachten

Christian Oberst, Michael Voigtländer, Wido Geis-Thöne: MLP Studentenwohnreport 2025

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de - In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche


334
Milliarden Euro

Kapital flossen in den ersten sieben Monaten 2025 aus dem Ausland nach Deutschland. Das ist mehr als das Zweieinhalbfache des Durchschnitts der vergangenen zehn Jahre (126 Milliarden Euro) und der zweithöchste Wert seit 2014, wie eine neue IW-Auswertung auf Basis von Zahlen der Bundesbank zeigt. Der Anstieg offenbart sich auch bei den Direktinvestitionen: Von Januar bis Juli 2025 investierten ausländische Unternehmen rund 68 Milliarden Euro, 2024 waren es im gleichen Zeitraum nur knapp 49 Milliarden Euro. Die aktuellen Zahlen könnten ein Zeichen für eine sich aufhellende Wirtschaftsstimmung und damit ein Hoffnungsschimmer für die ersehnte wirtschaftliche Erholung sein. Möglich ist aber auch, dass Investoren schlichtweg keine besseren Alternativen sehen: Im Vergleich zu anderen Ländern wirkt Deutschland trotz seiner stagnierenden Wirtschaft politisch und institutionell relativ stabil. Grundsätzlich sind die Zahlen aber mit Vorsicht zu interpretieren: Direktinvestitionen schwanken stark und sind häufig längerfristig geplant, was Ableitungen erschwert. Für viele Investoren dürfte der Standort D zudem immer noch zu teuer sein – die Lohnstückkosten waren hierzulande die vierthöchsten im Vergleich von 27 Industriestaaten. Damit die positive Entwicklung des Kapitalzuflusses anhält, muss die Bundesregierung im angekündigten „Herbst der Reformen“ vor allem die Kosten für die Unternehmen senken und bürokratische Hürden abbauen.












Top-Liste: Pädagogen-Saläre

Auch wenn die Gehälter nicht eins zu eins vergleichbar sind, weil sich beispielsweise das Qualifikationsniveau oder die Besteuerung in den betrachteten Ländern unterscheiden: Mit knapp 92.000 Dollar Jahresgehalt verdienen Grundschullehrer in Deutschland im Jahr 2024 laut OECD mehr als ihre Kollegen in allen 37 Vergleichsstaaten. Das Nachbarland Frankreich landet in diesem Ranking noch nicht einmal unter den Top Ten und selbst in Österreich, das Platz 3 erreicht, ist das durchschnittliche Jahresgehalt von Volksschullehrern fast 9.000 Dollar niedriger. Die Gehälter der Lehrkräfte in Deutschland liegen schon bei deren Berufseinstieg weit über dem Durchschnitt der Einstiegssaläre in anderen Industriestaaten. In der Bundesrepublik erhalten Grundschullehrer zum Berufseinstieg rund 77 Prozent mehr Gehalt als ihre jungen Kollegen im OECD-Schnitt, über alle Berufsjahre gerechnet verringert sich der Abstand auf 61 Prozent.

Grundschullehrer: Große Gehaltsspannen

So viel Dollar verdienen Grundschullehrer inklusive Zulagen und Bonuszahlungen in den OECD-Ländern im Durchschnitt im Jahr 2024



 Deutschland	91.950
 Niederlande	88.465
 Österreich	83.198
 Dänemark	74.887
 Australien	73.826
 Norwegen	68.626
 Irland	68.248
 USA	68.153
 Neuseeland	63.188
 Schottland	62.584
...	
 Griechenland	30.994

Quelle: OECD
© 2025 IW Medien / iwd

iwd